



Katja Lauterbach
Ausschussvorsitzende

Bruchköbel, 01.03.2024

Niederschrift

Gremium	Haupt - und Finanzausschuss
Sitzungsnummer	2/2024
Datum	Dienstag, den 27.02.2024
Sitzungsdauer	19:30 Uhr bis 21:30 Uhr
Ort	Stadthaus, Stadtverordnetensaal, Hauptstraße 32, 63486 Bruchköbel, 2. OG (Zimmer 218)

Teilnehmer:

Ausschussvorsitzende Lauterbach, Katja (FDP)
stellv. Ausschussvorsitzende Pauly, Monika (SPD)
Ausschussmitglied Baier, Patrick (BBB)
Ausschussmitglied Förster-Helm, Elke (GRÜNE)
Ausschussmitglied Jüngling, Werner (FDP)
Ausschussmitglied Lind, Franziska (SPD)
Ausschussmitglied Rechholz, Joachim (CDU)
Ausschussmitglied Ringel, Uwe (GRÜNE)
Ausschussmitglied Sliwka, Thomas (CDU)
Ausschussmitglied Dr. Wingefeld, Volker (FDP)
Ausschussmitglied Zoicher, Christian (CDU)

Magistrat:

Bürgermeisterin Braun, Sylvia (FDP)
Erster Stadtrat Blum, Oliver (GRÜNE)
Stadträtin Cammerzell, Ingrid (CDU)
Stadtrat Keim, Reiner (CDU)
Stadtrat Rodi, Philipp (FDP)
Stadtrat Roth, H. Michael (BBB)
Stadtrat Schäfer, Jürgen (FDP)
Stadtrat Schafranka, Andreas (GRÜNE)
Stadtrat Viehmann, Norbert (SPD)

Stadtverordnetenversammlung:

Stadtverordnetenvorsteher Rötzer, Guido (CDU)
Stadtverordnete Bürgstein, Patricia (GRÜNE)
Stadtverordneter Hormel, Harald (BBB)
Stadtverordneter Köbel, Andreas (FDP)
Stadtverordneter Köhler, Cieran (GRÜNE)
Stadtverordneter Machtanz, Janis (SPD)
Stadtverordneter Nohl, Frank (SPD)
Stadtverordneter Ochs, Reiner (CDU)
Stadtverordnete Schulze, Christina (SPD)
Stadtverordneter Woschek, Patrick (SPD)
Stadtverordnete Zorbach, Stefanie (BBB)

Schriftführer:

Schriftführer Jost, Florian

Tagesordnung

1. Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 30.01.2024
2. Antrag der CDU-Fraktion: (DS-34/2024)
Erhöhung der Grundsteuer A und B aussetzen
3. Antrag der CDU-Fraktion: (DS-35/2024)
Machbarkeitsstudie
4. Antrag der CDU-Fraktion: (DS-36/2024)
Streichung geplanter Stellen
5. Antrag der CDU-Fraktion: (DS-37/2024)
Laufbahn Rudolf-Harbig-Stadion
6. Antrag der CDU-Fraktion: (DS-38/2024)
Streichung von Sach- und Dienstleistungen Stadtmarketing GmbH
7. Antrag der CDU-Fraktion: (DS-39/2024)
Aussetzung Verchippung
8. Antrag der CDU-Fraktion: (DS-40/2024)
Pauschale Mittelkürzung
9. Antrag der SPD-Fraktion: (DS-41/2024)
Antrag zum Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 –
Betrieb von Spielplätzen (Produkt: 06366010)
10. Antrag der BBB-Fraktion: (DS-42/2024)
Änderungsantrag zu DS-250 / 2023 Haushaltsantrag Nr. 1:
Kürzung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 10%
11. Antrag der BBB-Fraktion: (DS-43/2024)
Änderungsantrag zu DS-250 / 2023 Haushaltsantrag Nr. 2:
Streichung von 9 neuen Stellen
12. Antrag der BBB-Fraktion: (DS-44/2024)
Änderungsantrag zu DS-250 / 2023 Haushaltsantrag Nr. 3:
Reduzierung der Schulumlage im Jahr 2025 (Produkt 16611000, Konto
73542001)
13. Antrag der BBB-Fraktion: (DS-45/2024)
Änderungsantrag zu DS-250 / 2023 Haushaltsantrag Nr. 4:
keine Erhöhung der Grundsteuern in Bruchköbel
14. Antrag der BBB-Fraktion: (DS-46/2024)
Änderungsantrag zu DS-250 / 2023 Haushaltsantrag Nr. 5:
Keine Erhöhung der Gewerbesteuer in Bruchköbel
15. Wirtschaftsplan 2024 der Sozialen Dienste (DS-154/2023)
16. Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2024 der Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel (DS-222/2023)

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 17. | Änderungen zum Haushaltsentwurf 2024 | (DS-30/2024) |
| 18. | Änderung zum Stellenplan der Verwaltung für 2024 | (DS-29/2024) |
| 19. | Stellenplan der Verwaltung für 2024 | (DS-246/2023) |
| 20. | Ergebnis- und Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2023 bis 2027 | (DS-247/2023) |
| 21. | Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2023 bis 2027 | (DS-248/2023) |
| 22. | Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2024 bis 2027 | (DS-249/2023) |
| 23. | Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 | (DS-250/2023) |
| 24. | Verschiedenes | |

Protokoll, öffentliche Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Katja Lauterbach eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie mit 11 anwesenden Ausschussmitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

1.	Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift der Sitzung vom 30.01.2024
----	---

Die Ausschussvorsitzende erwähnt, dass Herr Nohl angemerkt hat, dass seine Anwesenheit nicht in der Niederschrift vom 30.01.2024 aufgeführt wurde. Dies wird noch korrigiert.

Weitere Einwendungen gegen die Richtigkeit der Niederschrift vom 30.01.2024 haben sich nicht ergeben, sie gilt daher als genehmigt.

Frau Lauterbach erteilt allen Stadtverordneten, auch wenn sie keine Ausschussmitglieder sind, das Rederecht.

Des Weiteren teilt Frau Lauterbach mit, dass Sie im allgemeinen Einvernehmen einige Tagesordnungspunkte gemeinsam aufruft, diese auch gemeinsam diskutiert aber getrennt abgestimmt werden.

Weiterhin teilt Frau Lauterbach mit, dass Sie bei TOP 5 die Sitzungsleitung an die stellv. Ausschussvorsitzende Monika Pauly übergibt.

Im allgemeinen Einvernehmen werden die Tagesordnungspunkt 2, 13 und 14 gemeinsam aufgerufen.

TOP 2.	DS-34/2024	Antrag der CDU-Fraktion: Erhöhung der Grundsteuer A und B aussetzen
TOP 13.	DS-45/2024	Antrag der BBB-Fraktion: Änderungsantrag zu DS-250 / 2023 Haushaltsantrag Nr. 4: keine Erhöhung der Grundsteuern in Bruchköbel
TOP 14.	DS-46/2024	Antrag der BBB-Fraktion: Änderungsantrag zu DS-250 / 2023 Haushaltsantrag Nr. 5: Keine Erhöhung der Gewerbesteuer in Bruchköbel

Stadtverordneter Sliwka führt zum Antrag der CDU aus, dass die im Verhältnis zum gesamten defizitären Haushaltsentwurf moderate Erhöhung der Grundsteuern keine wesentliche Verbesserung der Haushaltssituation darstellt und unnötig die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich belastet.

Die aktuell wirtschaftlich angespannte Gesamtsituation bietet ein nicht absehbares Risiko für unsere Gesellschaft. Aktuell sind wir großen Herausforderungen ausgesetzt. Die Proteste der Landwirte, die angespannte Situation im privaten Konsum sowie diverse Streiks sind ein Beleg dafür. Handel, Hand-

werk und Gewerbe werden durch Maut und CO2-Steuer-Erhöpfung über Gebühr belastet. Schwankende Energiekosten belasten auch die ältere Generation. Durch den Antrag möchten wir Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger auf breiter Basis schaffen.

Der Stadtverordnete Sliwka ergänzt, dass die CDU die Notwendigkeit sieht Ausgaben zu reduzieren, was an den nachfolgenden Anträgen zu sehen ist.

Die Vorsitzende erteilt dem Stadtverordneten Baier das Wort.

Dieser führt zu den Tagesordnungspunkten 13 und 14 des BBB aus, dass es keine Erhöhung der Grundsteuer A + B sowie keine Erhöhung der Gewerbesteuer geben soll. Er begründet dies aufgrund der zwischenzeitlich vorliegenden Informationen. Die vorhandene freie Liquidität für das Jahr 2024 fällt um mindestens 2,25 Mio. EUR höher aus als im Haushaltsentwurf angenommen. Darüber hinaus gibt es ausreichend Einsparvorschläge für das Jahr 2024. Insgesamt reichen diese aus, damit eine Erhöhung der Steuersätze für 2024 nicht erforderlich ist.

Bürgerinnen und Bürger sind aktuell deutschlandweit von erheblichen Kostensteigerungen betroffen, deren Ursachen häufig durch bundespolitische Beschlüsse begründet sind. Exemplarisch ist an dieser Stelle die Mehrwertsteuererhöhung in der Gastronomie genannt, wodurch seit 1.1.2024 wieder der volle Mehrwertsteuersatz fällig wird. Gesamtwirtschaftlich belastet die erheblich gestiegene Inflation die Portemonnaies aller.

Auf diesen Zug der Mehrbelastungen sollte die Stadt Bruchköbel bewusst nicht aufspringen, sondern nach dem Neubau des Stadthauses mit den damit verbundenen gestiegenen Zahlungsverpflichtungen für Bruchköbel nunmehr einen Kurs der Sparsamkeit und Konsolidierung der städtischen Finanzen einschlagen.

Zu den o. g. Anträgen antwortet die Bürgermeisterin und verweist auf Mehrausgaben durch die Erhöhung der Kreis- und Schulumlage in Höhe von 1.514.830,00 € sowie Mehrausgaben aus der Tarifierhöhung in Höhe von 1.600.000,00 €. Die gegenübergestellte geplante Steuererhöhung in Höhe von 1.019.000,00 € macht nur einen Teil dieser Mehrbelastung aus.

Die Bürgermeisterin führt weiter aus, dass sie den Begründungen der Anträge der CDU und des BBB nur zustimmen kann, jedoch sind auch die kommunalen Haushalte mehr belastet und verweist auf die Erhöhung der Kreis- und Schulumlage. In Zusammenarbeit mit der Finanzplanung der Verwaltung wurde versucht diese Belastung so gering wie möglich zu halten. Richtig ist, dass es durch das Mehrgergebnis in der Kasse der Verwaltung dieses Jahr auch ohne Steuererhöhungen funktionieren könnte. Jedoch muss die Verwaltung über einen Zeitraum von 4 Jahren planen. In dieser mittelfristigen Finanzplanung muss die Verwaltung einen positiven Haushalt vorweisen. Aus diesem Grund kann man nicht nur auf das Jahr 2024 schauen, sondern muss den Zeitraum von 4 Jahren im Blick behalten. Aus diesem Grund wurde auch ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt, das nicht nur aus Steuererhöhungen, sondern auch aus Einsparungen in den Sach- und Dienstleistungen der laufenden Verwaltung besteht. Hier wurden Einsparungen in Höhen von 4 % für das Jahr 2024 und 5 % in den folgenden Jahren eingeplant. Durch diese Maßnahmen, sowie der Überprüfung der Spielapparatesteuer, die politische Anpassung defizitärer Gebührensatzungen, die mit dem Friedhof beginnt und die Anpassung der Hundesteuer sowie der oben erwähnten verbesserten Liquidität konnte die geplante Erhöhung der Grundsteuer B ab dem Jahr 2026 nach jetzigem Stand abgewendet werden.

Die Wortmeldungen der Stadtverordneten Ringel und Woschek unterstützten die Aussagen der Bürgermeisterin.

Danach entstand eine rege Diskussion zwischen dem Stadtverordneten Sliwka, Bürgermeisterin Braun sowie den Stadtverordneten Ringel, Zorbach und Woschek.

Die Vorsitzende fragt nach weiteren Wortmeldungen aus dem Plenum, darauf gibt es keine Reaktionen aus dem Plenum.

Daraufhin gibt die Vorsitzende die Tagesordnungspunkte zur Abstimmung.

Abstimmung zu TOP 2:

mit 4 Ja-Stimmen (CDU, BBB) und 7 Nein Stimmen (FDP, SPD, Grüne) zur Ablehnung empfohlen

Abstimmung zu TOP 13:

mit 4 Ja-Stimmen (CDU, BBB) und 7 Nein-Stimmen (FDP, SPD, Grüne) zur Ablehnung empfohlen

Abstimmung zu TOP 14:

mit 4 Ja-Stimmen (CDU, BBB) und 7 Nein-Stimmen (FDP, SPD, Grüne) zur Ablehnung empfohlen

TOP 3.	DS-35/2024	Antrag der CDU-Fraktion: Machbarkeitsstudie
--------	------------	--

Die Ausschussvorsitzende übergibt das Wort an den Stadtverordneten Sliwka.

Dieser begründet den Antrag der CDU wie folgt:

Durch eine Machbarkeitsstudie wird die gefestigte Meinung der Eigentümer nicht geändert. Dies stellt vielmehr einen Eingriff in das Privateigentum der Eigentümer dar. Folgerichtig steht die geplante Ausgabe in keiner Relation zum erhofften Ergebnis. Unter den aktuellen wirtschaftlichen Voraussetzungen (u. a. Bauwirtschaft) ist auch mit einer kurz- oder mittelfristigen Veränderung nicht zu rechnen. Unabhängig davon, wäre es absolut sinnvoll im Vorfeld eine grundsätzliche Bereitschaft zur Veränderung bei den Eigentümern abzufragen.

Die CDU habe sich darüber informiert, dass es sich grundsätzlich um 2 im Privatbesitz befindliche Immobilien handelt, die schon seit längerer Zeit nicht genutzt werden. Mehrfache unternommene Versuche wurden abgeblockt. Warum sollten 50.000,00 € Steuergeld zur Verfügung gestellt werden. Gemäß Informationen der CDU sind die Eigentümer nicht gewillt etwas zu ändern.

Bürgermeisterin Braun nimmt Stellung zu den Aussagen des Stadtverordneten Sliwka und antwortet, dass Machbarkeitsstudien Bestandteil des Förderprogramms „Zukunft Innenstadt und Zentren“. Das Förderprogramm betrifft das Citymanagement, das Mobilitätskonzept und diese Machbarkeitsstudien. Dies wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 29.03.2022 genauso beschlossen. Förderprogramme müssen über den Förderzeitraum geplant werden und es muss nachgewiesen werden, dass die Gelder entsprechend eingestellt worden sind. Die Förderquote beträgt 75 Prozent. Es geht nicht nur darum zu schauen, was mit den Immobilien gemacht werden kann, sondern auch darum wie mit dem Denkmalschutz umgegangen werden kann und welche rechtlichen Möglichkeiten in diesem Zusammenhang bestehen.

Die Wortmeldung des Stadtverordneten Woschek unterstützt die Darstellung von der Bürgermeisterin.

Die Vorsitzende fragt nach weiteren Wortmeldungen aus dem Plenum, darauf gibt es keine Reaktionen aus dem Plenum.

Daraufhin gibt die Vorsitzenden den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Abstimmung: mit 4 Ja-Stimmen (CDU, BBB) und 7 Nein-Stimmen (FDP, SPD, Grüne) zur Ablehnung empfohlen

Im allgemeinen Einvernehmen werden die Tagesordnungspunkte 4 und 11 gemeinsam aufgerufen.

TOP 4.	DS-36/2024	Antrag der CDU-Fraktion: Streichung geplanter Stellen
TOP 11.	DS-43/2024	Antrag der BBB-Fraktion: Änderungsantrag zu DS-250 / 2023 Haushaltsantrag Nr. 2: Streichung von 9 neuen Stellen

Die Stadtverordnete Zorbach führt zum Antrag des BBB aus, dass angesichts der aktuellen Lage eine Stellenausweitung in dem beabsichtigten Umfang nicht zustimmungsfähig ist. Ausgenommen sind explizit die beiden neu vorgesehenen Stellen im Bereich Finanzmanagement und IT, da diese für bereits vorhandenes Personal in der Stadtmarketing GmbH vorgesehen sein sollen und im Falle der Auflösung der GmbH benötigt werden.

Stadtverordneter Woschek nimmt Bezug auf den Antrag und antwortet, dass die Stelle für die Klimaschutzmanagerin in einem politischen Antrag mit Mehrheit beschlossen wurde und dieser durch Fördermittel gefördert wird. Die Einsparung für die Stelle im Bereich Kultur und Senioren zeugt von Unwissenheit in diesem Bereich. Zum Thema IT-Stelle führt der Stadtverordnete Woschek aus, dass es nicht effizienter wäre Dienstleistung extern zu vergeben.

Die Bürgermeisterin unterstützt die Aussage von des Stadtverordneten Woschek und führt aus, dass im Bereich IT mittlerweile zwei Admins für 400 Mitarbeiter zuständig sind. Normalerweise sollte ein Admin für maximal 100 Mitarbeiter eingeplant sein. Dies wird bereits durch studentische oder temporäre Aushilfen unterstützt. Die eine zusätzliche Stelle ist dringend notwendig.

Der Stadtverordnete Sliwka kann die Sichtweise des Stadtverordneten Woschek durchaus nachvollziehen. Jedoch hat er zum Thema externe Dienstleistungen eine andere Sichtweise und nennt das Beispiel die externen Dienstleistungen für die Unterhaltsreinigung. Die Abrechnung Wohnung und Asyl würde die CDU durchaus auch extern bei der Baugenossenschaft sehen. Er weist darauf hin, dass, wenn die Förderung für die Klimaschutzmanagerin ausfällt, diese Kosten komplett von der Verwaltung zu tragen sind. Weiterhin kritisiert die CDU, dass für jede neue Aufgabe eine neue Stelle geschaffen wird und fordert die neuen Aufgaben über interne Ressourcen oder die interkommunale Zusammenarbeit abzufedern.

Bürgermeisterin Braun weist explizit darauf hin, dass es mitnichten so ist, dass für jede neue Tätigkeit eine neue Stelle geschaffen wird. Des Weiteren weist sie darauf hin, dass es aufgrund der aktuellen Situation und der vielen Cyberangriffe auf Kommunen grob fahrlässig wäre die Stellen in der IT einzusparen.

Weiterhin führt sie aus, dass mit den neuen Stellen im Facility Management weitere externe Kosten eingespart werden können.

Danach entstand eine rege Diskussion zwischen den Stadtverordneten Zorbach und Woschek, Bürgermeisterin Braun sowie den Stadtverordneten Ringel und Sliwka.

Die Vorsitzende fragt nach weiteren Wortmeldungen aus dem Plenum, darauf gibt es keine Reaktionen aus dem Plenum.

Daraufhin gibt die Vorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Abstimmung zu TOP 4

mit Ja-Stimmen 4 (CDU, BBB) und 7 Nein-Stimmen (FDP, SPD, Grüne) zur Ablehnung empfohlen

Abstimmung zu TOP 11

mit Ja-Stimmen 4 (CDU, BBB) und 7 Nein-Stimmen (FDP, SPD, Grüne) zur Ablehnung

Die Ausschussvorsitzende Lauterbach übergibt die Sitzungsleitung an die stellv. Ausschussvorsitzende Monika Pauly.

TOP 5.	DS-37/2024	Antrag der CDU-Fraktion: Laufbahn Rudolf-Harbig-Stadion
--------	------------	--

Stadtverordneter Sliwka begründet den Antrag der CDU wie folgt:

Da keine offenkundige Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit des Belags vorliegt, ist die Dringlichkeit nicht gegeben. Eine Vorfinanzierung für den Main-Kinzig-Kreis ist obsolet. Des Weiteren ist eine Neustrukturierung der Ausnutzung des Stadions zu regeln. Die CDU fragt sich, warum die Stadt Bruchköbel in Vorlage gehen soll, obwohl der Main-Kinzig-Kreis keine Priorität in der Instandsetzung sieht.

Bürgermeisterin Braun antwortet auf den Antrag der CDU und führt aus, dass dieses Thema schon seit längerer Zeit an die Verwaltung herangetragen wird. Der Schaden ist mit bloßem Auge schon zu erkennen. An vielen Stellen ist bereits Unfallgefahr gegeben. Der Kreis hat die Notwendigkeit anerkannt und eine hälftige Kostenübernahme schriftlich zugesagt.

Stadtverordnete Lauterbach stimmt den Ausführungen der Bürgermeisterin zu und führt zu diesem Thema weiter aus, dass der Belag nach Rücksprache mit Sportlern und der Vorsitzenden des LAZ nicht mehr ohne Beeinträchtigungen ist und dass die Durchführung von bestimmten Sportveranstaltungen in Frage stehen.

Danach entstand eine rege Diskussion zwischen dem Stadtverordneten Sliwka, Bürgermeisterin Braun und der Stadtverordneten Lauterbach.

Die stellv. Vorsitzende fragt nach weiteren Wortmeldungen aus dem Plenum, darauf gibt es keine Reaktionen aus dem Plenum.

Daraufhin gibt die stellv. Vorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Abstimmung:

Mit 3 Ja-Stimmen (CDU), 7 Nein-Stimmen (FDP, SPD, Grüne) und 1 Enthaltung (BBB) zur Ablehnung empfohlen

Um 20:56 Uhr übergibt die stellv. Vorsitzende die Sitzungsleitung wieder an die Ausschussvorsitzende Lauterbach.

TOP 6.	DS-38/2024	Antrag der CDU-Fraktion: Streichung von Sach- und Dienstleistungen Stadtmarketing GmbH
--------	------------	---

Der Stadtverordnete Sliwka begründet den Antrag der CDU wie folgt:

Die Stadtmarketing GmbH ist im Begriff der Auflösung. Mit der Übernahme des Personals in die Verwaltung erfolgt demnach auch die Übertragung der Aufgaben. Eine Reduzierung der Stadtmarketing-Aufwendungen von nur 53.000 Euro gegenüber 2023 ist zu gering und nicht nachvollziehbar.

Die Bürgermeisterin antwortet auf den Antrag der CDU, dass die Stadtmarketing GmbH einen Wirtschaftsplan für das ganze Jahr vorgelegt hat. Dieser Plan wurde im Aufsichtsrat mit Vertretern aller Fraktionen diskutiert und mehrheitlich beschlossen. Daraufhin erfolgte eine Einplanung in den städtischen Haushalt. Würden die Zuschüsse geändert, müsste der Wirtschaftsplan der Stadtmarketing GmbH angepasst werden.

Die Vorsitzende fragt nach weiteren Wortmeldungen aus dem Plenum, darauf gibt es keine Reaktionen aus dem Plenum.

Daraufhin gibt die Vorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Abstimmung:

mit 4 Ja-Stimmen (CDU, BBB) und 7 Nein-Stimmen (FDP, SPD, Grüne) zur Ablehnung empfohlen

TOP 7.	DS-39/2024	Antrag der CDU-Fraktion: Aussetzung Verchippung
--------	------------	--

Der Stadtverordnete Sliwka begründet den Antrag der CDU wie folgt:

Die angestrebte Verbesserung durch die Verchippung der Mülltonnen ist fraglich und nicht das vorrangigste Problem der Stadt Bruchköbel. Unter Berücksichtigung der derzeitigen Haushaltslage und der damit verbundenen Mehrbelastung der Bürger und Bürgerinnen auch nicht darstellbar.

Stadtverordneter Ringel führt zu diesem Thema aus, dass es in Bruchköbel kein Kontrollsystem über die Anzahl der Mülltonnen gibt. Es gibt keine Kontrollmöglichkeit über die gerechte Verteilung der Müllgebühren. Die Verchippung der Müllgebühren ist eine zeitgemäße Lösung, um eine gerechte Verteilung der Müllgebühren zu gewährleisten.

Die Vorsitzende fragt nach weiteren Wortmeldungen aus dem Plenum, darauf gibt es keine Reaktionen aus dem Plenum.

Daraufhin gibt die Vorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Abstimmung:

mit 4 Ja-Stimmen (CDU, BBB) und 7 Nein-Stimmen (FDP, SPD, Grüne) und zur Ablehnung empfohlen

Die Ausschussvorsitzende ruft die Tagesordnungspunkte 8 und 10 gemeinsam auf

TOP 8.	DS-40/2024	Antrag der CDU-Fraktion: Pauschale Mittelkürzung
TOP 10.	DS-42/2024	Antrag der BBB-Fraktion: Änderungsantrag zu DS-250 / 2023 Haushaltsantrag Nr. 1: Kürzung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 10%

Der Stadtverordnete Sliwka begründet den Antrag der CDU wie folgt:

Die Verwaltung hat aus eigener Motivation für das Haushaltsjahr 2024 eine 3-prozentige Mittelkürzung eingeplant. Der Haushaltsentwurf 2024 und die angestrebte Konsolidierung der Folgejahre bleibt trotz pauschaler Mittelkürzung defizitär. Demnach scheint es mehr als erforderlich seine Ausgaben mehr und intensiver an die Einnahmensituation der Kommune anzupassen. Eine Erhöhung der Mittelkürzung auf mindestens 6 Prozent im Jahr 2024 und Folgejahren 8 Prozent scheint deswegen dringend geboten.

Stadtverordneter Baier begründet den Antrag des BBB wie folgt:

In den beständig ansteigenden Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen liegt eine wesentliche Ursache dafür, dass ein nachhaltiger Haushaltsausgleich nicht erfolgen kann. Der vorgesehene Anstieg im Plan 2024 ist in Relation zum Ergebnis 2022 nicht vertretbar. 2022 betrug der Aufwand für Sach- und Dienstleistungen 8.428.609 €. Im Haushaltsplan 2024 sind bisher 12.888.900 € vorgesehen. Das ist ein erschreckender Anstieg um rund 53 Prozent. Im Haushaltssicherungskonzept des Haushaltsplanes 2024 ist auf S. 385 vorgesehen, die Sach- und Dienstleistungen im Jahr 2024 um 3 Prozent und in den Folgejahren jeweils um 4 Prozent zu kürzen. Ausnahme hierbei bilden die ausgeglichenen Gebührenhaushalte Abfallbeseitigung und Kanalisation, die Förderprogramme sowie die Erträge aus der Verpflegung bei den Kitas. Aus unserer Sicht sollten die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ab dem Jahr 2024 pauschal um 10 Prozent gekürzt werden. Die im Haushalt angeführten Ausnahmen sollen hiervon unberührt bleiben. Durch die globale Verminderung bleibt die Verwaltung in Bezug auf die konkrete Umsetzung und entsprechende Priorisierung in einzelnen Produktfeldern flexibel.

Bürgermeisterin Braun führt zu beiden Anträgen aus, dass die pauschalen Einsparungen ein beliebtes Mittel sind, um eine große Einsparsumme zu erhalten. Mit der Änderung der Verwaltung wurden die pauschalen Einsparungen für das Jahr 2024 von 3 Prozent auf 4 Prozent erhöht. In den Folgejahren von 4 Prozent auf 5 Prozent. Mehr ist aus Sicht der Verwaltung pauschal jedoch nicht vertretbar, da die Verwaltung auch vertragliche Verpflichtungen eingegangen ist. Natürlich hätte man an konkreten Projekten wie z. B. der Tartanbahn einsparen können. Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2022 sind erhebliche Mehraufwendungen im Bereich der Abfallentsorgung, der Flüchtlingsunterbringung, der Förderprogramme sowie der gestiegenen Energiekosten entstanden.

Stadtverordneter Woschek möchte noch hinzufügen, dass pauschale Mittelkürzungen nicht spezifische Maßnahmen sind und einen politischen Blindflug über die Folgen des Ganzen zur Folge haben.

Stadtverordnete Zorbach möchte den Antrag ihrer Fraktion noch einmal bestärken. Der BBB wünscht sich in diesem Bereich mehr Ambitionen.

Die Vorsitzende fragt nach weiteren Wortmeldungen aus dem Plenum, darauf gibt es keine Reaktionen aus dem Plenum.

Daraufhin gibt die Vorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Abstimmung zu TOP 8

mit 4 Ja-Stimmen (CDU, BBB) und 7 Nein-Stimmen (FDP, SPD, Grüne) und zur Ablehnung empfohlen

Abstimmung zu TOP 10

mit 4 Ja-Stimmen (CDU, BBB) und 7 Nein-Stimmen (FDP, SPD, Grüne) zur Ablehnung empfohlen

TOP 9.	DS-41/2024	Antrag der SPD-Fraktion: Antrag zum Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 – Betrieb von Spielplätzen (Produkt: 06366010)
--------	------------	--

Stadtverordnete Pauly begründet den Antrag der SPD wie folgt:

Außer Instandsetzungsarbeiten sind auf den Spielplätzen auch neue Spielgeräte anzuschaffen bzw. zu installieren. Zum Beispiel für den Spielplatz im Stadtteil Butterstadt zwecks Errichtung einer Seilbahn.

Stadtverordneter Baier fragt auf welchem Konto die Aufwendungen veranschlagt werden sollen. Die Bürgermeisterin antwortet auf die Frage, dass es das Konto 84383119 betrifft.

Stadtverordneter Sliwka möchte wissen, wie hoch der Wert insgesamt ist.

Bürgermeisterin Braun antwortet, dass bisher 60.000,00 € eingeplant wurden. Die 10.000,00 € würden diesen Betrag auf 70.000,00 erhöhen.

Die Vorsitzende fragt nach weiteren Wortmeldungen aus dem Plenum, darauf gibt es keine Reaktionen aus dem Plenum.

Daraufhin gibt die Vorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Abstimmung:

mit 7 Ja-Stimmen (FDP, SPD, Grüne), 3 Nein-Stimmen (CDU) und 1 Enthaltung (BBB) zur Annahme empfohlen

TOP 12.	DS-44/2024	Antrag der BBB-Fraktion: Änderungsantrag zu DS-250 / 2023 Haushaltsantrag Nr. 3: Reduzierung der Schulumlage im Jahr 2025 (Produkt 16611000, Konto 73542001)
---------	------------	--

Die Stadtverordnete Zorbach begründet den Antrag wie folgt:

Aufgrund der öffentlich bekannten Hebesätze des Main-Kinzig-Kreises für die zu zahlende Kreis- und Schulumlage im Jahr 2024 und 2025 und den während der Beratung erfolgten Erläuterungen seitens der Verwaltung ist klar, dass für das Jahr 2025 der Hebesatz für die Schulumlage mit 0,3 Punkten höher angenommen wurde, als aus dem Haushaltsentwurf des Landkreises hervorgeht. Die Verwaltung gibt diese Summe mit 122.036 EUR an. Da es aktuell keine belastbare Grundlage für den höheren Hebesatz für die Schulumlage gibt, ist der betroffene Differenzbetrag im Jahr 2025 zu kürzen.

Bürgermeisterin Braun führt hierzu aus, dass die Planung der Verwaltung auf einem Schreiben des Landrats aus dem November 2023 beruht. In diesem Schreiben waren die 0,3 Prozent für das Jahr 2025 noch angekündigt. Nach der Haushaltsberatung des Kreistages wurde dies nicht mehr berücksichtigt. Die Verwaltung wird dies aufgrund des Antrages des BBB gerne umsetzen. Die Bürgermeisterin fragt noch einmal nach, ob die Einsparung auch für die Folgejahre 2026 (128.369 €) und 2027 (134.220 €) Anwendung finden soll.

Stadtverordnete Zorbach stimmt der Aussage von Bürgermeisterin Braun zu, dass die Ansätze für die Jahre 2026 und 2027 entsprechend reduziert werden können.

Die Vorsitzende fragt nach weiteren Wortmeldungen aus dem Plenum, darauf gibt es keine Reaktionen aus dem Plenum.

Daraufhin gibt die Vorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Abstimmung:

einstimmig zur Annahme empfohlen, mit der Änderung die Folgejahre auch zu berücksichtigen.

TOP 15.	DS-154/2023	Wirtschaftsplan 2024 der Sozialen Dienste
------------	-------------	---

Die Vorsitzende fragt nach Wortmeldungen aus dem Plenum, darauf gibt es keine Reaktionen aus dem Plenum.

Daraufhin gibt die Vorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Abstimmung: einstimmig zur Annahme empfohlen

TOP 16.	DS-222/2023	Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2024 der Wirtschaftlichen Betriebe der Stadt Bruchköbel
------------	-------------	--

Die Vorsitzende fragt nach Wortmeldungen aus dem Plenum, darauf gibt es keine Reaktionen aus dem Plenum.

Daraufhin gibt die Vorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Abstimmung: einstimmig zur Annahme empfohlen

TOP 17.	DS-30/2024	Änderungen zum Haushaltsentwurf 2024
------------	------------	--------------------------------------

Die Bürgermeisterin erläutert die Änderungen der Verwaltung. Zu diesen gehören unter anderem die Änderung der Entschädigungssatzung für die Mandatsträger, Änderung aus dem Stellenplan sowie aktuelle Stellenbewertungen.

Des Weiteren entfällt die geplante Erhöhung der Grundsteuer B ab dem Jahr 2026.

Außerdem erklärt die Bürgermeisterin, dass sich die freie Liquidität aufgrund des verbesserten Ergebnisses um ca. 2,2 Mio. Euro erhöht hat.

Zusätzlich zu den bisher formell eingebrachten Änderungen der Verwaltung stellt die Bürgermeisterin noch 2 weitere Änderungen für die Ergebnis- und Finanzplanung vor.

Aufgrund des heute eingegangenen Schreibens über die vorläufige Festsetzung des kommunalen Finanzausgleichs vom 27.02.2024 ändern sich die Schlüsselzuweisungen, die Kreisumlage und Schulumlage für das Haushaltsjahr 2024 wie folgt:

Schlüsselzuweisung:	+188.000 €	Haushaltsverbesserung
Kreisumlage:	+65.000 €	Haushaltsverschlechterung
Schulumlage:	+30.000 €	Haushaltsverschlechterung

Des Weiteren verändern sich die Haushaltsansätze der Hundesteuer durch den bereits erfolgten Beschluss in der Stadtverordnetenversammlung wie folgt:

2024:	-11.000 €	
2025:	-8.000 €	(Erhöhung um 2,5 Prozent)
2026:	-8.000 €	
2027:	-5.000 €	(Erhöhung um 2,5 Prozent)

Die Vorsitzende fragt nach Wortmeldungen aus dem Plenum, darauf gibt es keine Reaktionen aus dem Plenum.

Daraufhin gibt die Vorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Abstimmung:

mit 7 Ja-Stimmen (FDP, SPD, Grüne); 1 Nein-Stimme (BBB) und 3 Enthaltungen (CDU) mit den vorgetragenen Änderungen zur Annahme empfohlen

TOP 18.	DS-29/2024	Änderung zum Stellenplan der Verwaltung für 2024
------------	------------	--

Die Vorsitzende fragt nach Wortmeldungen aus dem Plenum, darauf gibt es keine Reaktionen aus dem Plenum.

Daraufhin gibt die Vorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Abstimmung:

mit 7 Ja-Stimmen (FDP, SPD, Grüne) und 4 Nein-Stimmen (CDU, BBB) zur Annahme empfohlen

TOP 19.	DS-246/2023	Stellenplan der Verwaltung für 2024
------------	-------------	-------------------------------------

Die Vorsitzende fragt nach Wortmeldungen aus dem Plenum, darauf gibt es keine Reaktionen aus dem Plenum.

Daraufhin gibt die Vorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Abstimmung:

mit 7 Ja-Stimmen (FDP, SPD, Grüne) und 4 Nein-Stimmen (CDU, BBB) zur Annahme empfohlen

TOP 20.	DS-247/2023	Ergebnis- und Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2023 bis 2027
------------	-------------	--

Die Vorsitzende fragt nach Wortmeldungen aus dem Plenum, darauf gibt es keine Reaktionen aus dem Plenum.

Daraufhin gibt die Vorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Abstimmung:

mit 7 Ja-Stimmen (FDP, SPD, Grüne) und 4 Nein-Stimmen (CDU, BBB) zur Annahme empfohlen

TOP 21.	DS-248/2023	Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2023 bis 2027
------------	-------------	---

Die Vorsitzende fragt nach Wortmeldungen aus dem Plenum, darauf gibt es keine Reaktionen aus dem Plenum.

Daraufhin gibt die Vorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Abstimmung:

mit 7 Ja-Stimmen (FDP, SPD, Grüne) und 4 Nein-Stimmen (CDU, BBB) zur Annahme empfohlen

TOP 22.	DS-249/2023	Haushaltssicherungskonzept für die Haushaltsjahre 2024 bis 2027
------------	-------------	---

Die Vorsitzende fragt nach Wortmeldungen aus dem Plenum, darauf gibt es keine Reaktionen aus dem Plenum.

Daraufhin gibt die Vorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Abstimmung:

mit 7 Ja-Stimmen (FDP, SPD, Grüne) und 4 Nein-Stimmen (CDU, BBB) zur Annahme empfohlen

TOP 23.	DS-250/2023	Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024
------------	-------------	---

Die Vorsitzende fragt nach Wortmeldungen aus dem Plenum, darauf gibt es keine Reaktionen aus dem Plenum.

Daraufhin gibt die Vorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Abstimmung:

mit 7 Ja-Stimmen (FDP, SPD, Grüne) und 4 Nein-Stimmen (CDU, BBB) zur Annahme empfohlen

24.	Verschiedenes
-----	---------------

Die Vorsitzende teilt mit, dass die Verwaltung keine Beiträge zu diesem TOP hat. Sie fragt nach Wortmeldungen aus dem Plenum, darauf gibt es keine Reaktionen aus dem Plenum.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, schließt die Vorsitzende die Sitzung um 21:30 Uhr

Katja Lauterbach
Ausschussvorsitzende

Florian Jost
Schriftführer